

 Bundeskanzleramt

bundeskanzleramt.gv.at

Sebastian Kurz
Bundeskanzler

Herrn
Mag. Wolfgang Sobotka
Präsident des Nationalrats
Parlament
1017 Wien

Geschäftszahl: 2020-0.612.790

Wien, am 23. November 2020

Sehr geehrter Herr Präsident,

die Abgeordneten zum Nationalrat Wimmer, Kolleginnen und Kollegen haben am 23. September 2020 unter der Nr. **3458/J** eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend „Kontakt mit betroffenen Betrieben“ an mich gerichtet.

Diese Anfrage beantworte ich nach den mir vorliegenden Informationen wie folgt:

Die Bundesregierung sieht neben der Bekämpfung der Pandemie die Frage des Arbeitsmarktes als das zentrale politische Thema in den nächsten Monaten. Als Bundesregierung kämpfen wir um jeden Arbeitsplatz, dort wo Betriebsschließungen oder Abwanderung von Betrieben ins Ausland droht. Dennoch ist angesichts der Weltwirtschaftskrise und der Covid-19-Pandemie von einem weiteren Anstieg der Arbeitslosenzahlen auszugehen.

Gemeinsam mit den Sozialpartnern wurde bereits Anfang des Jahres ein Maßnahmenpakt geschnürt, durch welches, insbesondere auch durch den Einsatz der Kurzarbeit, die Arbeitslosigkeit vieler Menschen verhindert werden konnte. Für Unternehmerinnen und Unternehmer stehen insgesamt 50 Mrd. Euro in Form von Kurzarbeit, Härtefallfonds, Fixkostenzuschuss und weitere Maßnahmen zur Verfügung, um bestmöglich durch diese Krise zu kommen.

Menschen, welche dennoch arbeitslos geworden sind, werden durch eine rasche Umschulung möglichst bald in den Arbeitsmarkt wieder integriert. Wichtige Instrumente dazu sind die Corona-Arbeitsstiftung, der Lehrlingsbonus, die Taskforce Jugendbeschäftigung sowie die Aufstockung des Personals des AMS.

Im Regierungsprogramm wurden zahlreiche standortpolitische Maßnahmen vereinbart, welche nun zur Unterstützung des Wirtschaftsstandorts vorgezogen werden. Dazu zählen Maßnahmen der Deregulierung, ein Kapitalmarktpaket, ein Gründungspaket und insbesondere die Steuersenkung.

Zu den Fragen 1 bis 4:

1. *Hatten Sie (oder ein Mitglied Ihres Kabinetts in Ihrem Auftrag) Kontakt (Gespräch/Telefonat/Schriftverkehr) mit den für die Produktionsverlagerung und damit den Verlust von 360 Arbeitsplätzen bei ATB in Spielberg Verantwortlichen?*
Wenn nein, planen Sie eine Kontaktaufnahme?
Wenn ja, wann und mit wem?
Wenn ja, wie viele Arbeitsplätze konnten Sie dadurch sichern?
2. *Hatten Sie (oder ein Mitglied Ihres Kabinetts in Ihrem Auftrag) Kontakt (Gespräch/Telefonat/Schriftverkehr) mit den für die Streichung von rund 1.800 Arbeitsplätzen bei Swarovski in Wattens Verantwortlichen?*
Wenn nein, planen Sie eine Kontaktaufnahme?
Wenn ja, wann und mit wem?
Wenn ja, wie viele Arbeitsplätze konnten Sie dadurch sichern?
3. *Hatten Sie (oder ein Mitglied Ihres Kabinetts in Ihrem Auftrag) Kontakt (Gespräch/Telefonat/Schriftverkehr) mit den für die geplante Schließung des MAN-Werks in Steyr samt Verlust von 2.300 Arbeitsplätzen Verantwortlichen?*
Wenn nein, planen Sie eine Kontaktaufnahme?
Wenn ja, wann und mit wem?
Wenn ja, wie viele Arbeitsplätze konnten Sie dadurch sichern?
4. *Konnten Sie (oder ein Mitglied Ihres Kabinetts in Ihrem Auftrag) seit dem 16.03.2020 im direkten Kontakt (Gespräch/Telefonat/Schriftverkehr) mit für geplante Kündigungen Verantwortlichen erreichen, dass entgegen der ursprünglichen Pläne Arbeitsplätze erhalten blieben?*
Wenn ja, wie viele Arbeitsplätze konnten durch Ihre Einflussnahme erhalten werden?
Um Aufschlüsselung nach Betrieben wird gebeten.

Die Mitglieder der Bundesregierung sind im ständigen Kontakt mit Unternehmerinnen und Unternehmern in Österreich, um gemeinsam Lösungen zu finden und den Abbau von Arbeitsplätzen zu verhindern. Ebenso ist es uns ein großes Anliegen, Menschen weiterzuvermitteln, in anderen Betrieben unterzubringen und damit vor der Arbeitslosigkeit zu bewahren.

In meinen einleitenden Worten habe ich bereits die aktuellen Maßnahmen der Bundesregierung zur Bekämpfung der Wirtschafts- und Arbeitskrise überblicksmäßig dargestellt. Damit schafft die Bundesregierung die bestmöglichen Bedingungen zur Unterstützung der österreichischen Betriebe und zum Erhalt der Arbeitsplätze. Da diese Maßnahmen jedoch nicht Gegenstand meines Bereichs der Vollziehung sind, wie sich dieser aus den maßgeblichen gesetzlichen Bestimmungen, dem Bundesministeriumsgesetz 1986 idgF., BGBl. I Nr. 8/2020, ergibt, darf ich dazu auf die zuständigen Fachministerinnen und Fachminister verweisen.

Sebastian Kurz

